

Presseerklärung

Die grüne Lunge Moabits braucht echte Demokratie Bürger müssen mitentscheiden können statt mit wirkungsloser Information beruhigt zu werden

Die „Bürgerinnen und Bürger für den respektvollen Umgang mit unseren Grünflächen“ erklären zu der außerordentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziale Stadt, QM, Verkehr und Grünflächen am 10.03.2012:

Sechs Monate sind seit dem einstimmigen Beschluss der BVV im September 2011 für eine Mediation und ein Baumfällmoratorium bei der Umgestaltung des Kleinen Tiergartens/Ottoparks vergangen.

Sechs Monate, in denen u.a. gesunde Bäume gefällt und wertvolle Büsche und Hecken vernichtet wurden.

Sechs Monate, in denen keine Beteiligung der Bürgerinnen stattfand.

Stattdessen hat die Bezirksverordnetenversammlung ihre eigene Ohnmacht offenbart („Wir können dem Bezirksamt nur Empfehlungen geben“).

Stattdessen hat die Bezirksverordnetenversammlung ihre eigenen Beschlüsse immer wieder revidiert und reduziert („Runder Tisch statt Mediation“, „Ausschusssitzung statt Runder Tisch“)

Solange der institutionelle Rahmen nicht geändert wird, können wir von einem BVV-Ausschuss, der nach eigenen Aussagen dem Bezirksamt keine Vorgaben machen kann, nichts erwarten.

Unverbindliche Diskussionen in Ausschüssen, die nicht zu sagen haben, werden dem Wunsch der 2800 Moabiterinnen und Moabiter, die im Sommer 2011 mit ihrer Unterschrift für eine Umgestaltung des Kleinen Tiergartens/Ottoparks mit Augenmaß und die Rettung von mindestens 53 gesunden Bäumen eingesetzt haben, nicht gerecht.

Demokratie, die Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt, sieht anders aus.

Die Unterschriftenlisten von über 2800 Menschen mit den Forderungen zur Umgestaltung des Parks liegen der BVV ebenso vor, wie die Listen mit den unserer Auffassung unbedingt schützenswerten Bäumen oder ein detaillierter fachkundiger Appell einer weiteren Bürgerinitiative und das Baumgutachten. Jetzt muss vom Bezirksamt im Sinne der Menschen gehandelt werden.

Deshalb brauchen und fordern wir weiterhin eine echte Mediation, bei der die Bürgerinnen und Bürger über den Mediator und gesamt Gestaltung des Verfahrens gleichberechtigt mitentscheiden und an deren Ende eine **Entscheidung im Konsens** steht, die das **Bezirksamt umsetzen muss**.

Für evtl. Rückfragen steht Ihnen Karl Amannsberger unter 0160 96 96 79 42 zur Verfügung.

Berlin, 6.3.2012

Hintergrund

Die Moabiter „Bürgerinnen und Bürger für den respektvollen Umgang mit unseren Grünflächen“ haben sich im Frühjahr 2011 zusammengefunden, um angesichts der Planungen zur Umgestaltung des Ottoparks und des Kleinen Tiergartens gemeinsam qua Bürgerbeteiligung ein Gewicht für den Erhalt der vorhandenen Bestandes auf den Grünflächen auf die Waagschale zu werfen. Hierin hat sich die Gruppe in den Stadtteilgremien engagiert, und im letzten Sommer konnten im Bezirk insgesamt rund 2800 Unterschriften für einen möglichst schonenden Umgang mit dem Bestand gesammelt werden, die am 15. September auf der BVV-Sitzung des Bezirks Mitte der BVV übergeben wurde.

Daraufhin beschloss die BVV Mitte auf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der gleichen Sitzung einstimmig, das Bezirksamt zu ersuchen, die Einrichtung eines Runden Tisches zum Zweck der Herbeiführung einer „...Mediation in der Frage, ob 53 der 113 im Ottopark und Kleinen Tiergarten (westlicher Teil) von Fällung bedrohten Bäume erhalten bleiben können...“ . Ziel sei es, bis spätestens zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Mitte im Dezember 2011 einen von allen Seiten akzeptierten Kompromiss zu finden.
(Drucksachen-Nr: 2223/III)

<http://www.berlin.de/ba-mitte/bvv-online/vo020.asp?VOLFDNR=4616&options=4>

Am 23. September 2011 wurde in der Pressemitteilung 425/2011 des Bezirksamts Mitte die Aussage des damaligen Bezirksstadtrats für Stadtentwicklung Ephraim Gothe verbreitet, die den Beginn der Umgestaltungsarbeiten für den 26. September und Baumfällarbeiten für den 4. Oktober 2011 ankündigte, wobei gleichzeitig zum Baubeginn für den 26.09.2011 eine öffentliche Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur, Verkehr und Lokale Agenda der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin einberufen wurde.

Auf dieser Sondersitzung wurde von der Verwaltung eindringlich auf die angeblich negativen Folgen eines Mediationsverfahrens für einen als jetzt unbedingt notwendig erachteten Baufortschritt hingewiesen. Eines der signifikantesten Zitate aus dem im übrigen auch zur Praxis erfolgreicher Durchsetzung von

Planungsvorhaben in Zeiten zunehmender Bürgerbeteiligung lesenswerten Protokoll aus dieser Sitzung ist:

'Das Bezirksamt muss sich nicht an den BVV-Beschluss halten.'

Zum Nachlesen: Das umfangreiche Protokoll der Sitzung des Ausschusses zum vorliegenden Thema ist hier zu finden:

<http://www.berlin.de/ba-mitte/bvv-online/to020.asp?TOLFDNR=54788&options=4>

Am 4. Oktober in aller Frühe begannen die Fällarbeiten im Ottopark, dort, wo die umstrittensten Bäume standen. Anwohner wie Mitglieder unserer Gruppe waren bestürzt. Wir haben gelernt, was alle anderen Beteiligten und insbesondere die BVV- Mitglieder sicher wussten, nämlich, dass ein Bezirksamt sich nicht an BVV- Beschlüsse zu halten braucht.

In der BVV vom 15.12.2011 hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag eingebracht, der in die Drucksache 0070/IV mündete:

„Das Bezirksamt wird ersucht, umgehend einen Runden Tisch mit externer Moderation für den Bauabschnitt des südlichen Kleinen Tiergartens (zwischen Tusnelda Allee und Stromstr.) mit allen interessierten Bürgerinnen, Bürgern und Verbänden einzuberufen.

Das Ergebnis ist bis zum 21.3.2012 dem zuständigen Ausschuss der BVV - Soziale Stadt - vorzulegen und als Beschlussvorlage in die BVV am 22.3.2012 einzubringen.“

<http://www.berlin.de/ba-mitte/bvv-online/vo020.asp?VOLFDNR=4706&options=4>

Ein Runder Tisch ist ein Abstimmungsprozess von einer bestimmten Stetigkeit, in dem die Akteure auf gleicher Ebene, und das beinhaltet auch: mehr oder weniger ohne Vorbedingungen, kommunizieren und sich abstimmen. Eigentlich hätte man so etwas wie den Runden Tisch zur

Parkumgestaltung bereits im Vorfeld der Planungen berücksichtigen sollen. Der Bezirk Mitte hätte damit ein gutes Beispiel für die Umsetzung von Bürgerbeteiligung geben können.

Auf Antrag des Ausschuss für Soziale Stadt, QM, Verkehr und Grünflächen kam nun über der Beschluss der BVV vom 23.2.2012 die Drucksache 0207/IV zustande:

„Das Bezirksamt Mitte wird ersucht, den BVV-Beschluss DS 0070/IV nicht umzusetzen.“

<http://www.berlin.de/ba-mitte/bvv-online/vo020.asp?VOLFDNR=4842&options=4>

http://www.berlin.de/ba-mitte/bvv-online/_tmp/tmp/45081036546538803/546538803/00084770/70-Anlagen/01/1_Version_vom_23_02_2012.pdf

Stattdessen will „der Ausschuss für Soziale Stadt, QM, Verkehr und Grünflächen den Antrag 0070/IV durch eine öffentliche Sondersitzung umsetzen und wird den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, in einer von einer externen Moderation geleiteten Diskussion an einem Runden Tisch ihre Ansichten einbringen“.

Auch hier wird das Kostenargument angeführt: Eine bezirkliche Sitzung verursache in Zeiten einer Haushaltssperre, im Gegensatz zu einer eigens vorbereiteten Bürgerveranstaltung keinerlei Extrakosten.

Vom Mediationsverfahren zurück zum Runden Tisch ohne Mediation und schließlich nur noch eine einfache BVV-Ausschusssitzung mit Bürgern.

Für kommenden Samstag ,den 10. März ist nun statt einer Mediation eine außerordentliche öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziale Stadt, QM, Verkehr und Grünflächen vorgesehen, zu der auch die Presse eingeladen ist.